

Katzenelend muss nicht sein

Landestierschutzverband

Brandenburg e. V.

im Deutschen Tierschutzbund e. V.
Geschäftsstelle: Berliner Straße 38, 13189 Berlin
seidel@tierschutzbrandenburg.de

Kontonummer: 2322900
BLZ: 16091994
Volksbank Rathenow

www.tierschutzbrandenburg.de

Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

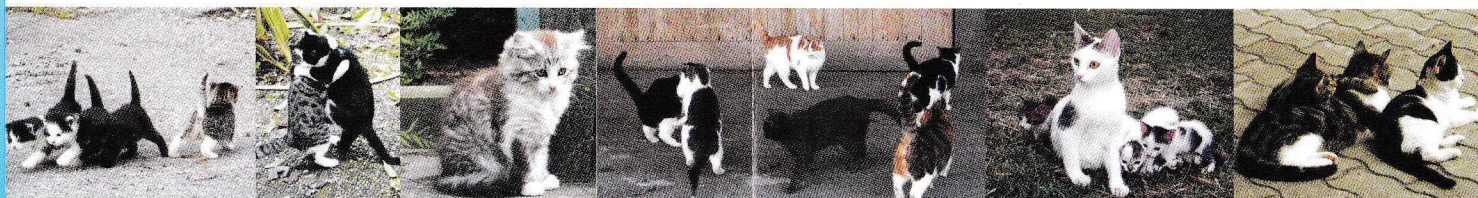
Katzenelend muss nicht sein

Das Problem der wachsenden Population frei lebender Katzen stellt unsere Tierschutzvereine fast überall vor eine schier unlösbare Aufgabe. Für diese Tiere sind die Ordnungsbehörden zuständig, wenn die Tiere verletzt oder krank und dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sind oder wenn Tiere in so hoher Zahl auftreten, dass Anwohner belästigt werden oder andere Störungen der öffentlichen Ordnung entstehen. Zudem ist der Schutz der Tiere im Artikel 20 a Grundgesetz und in der Landesverfassung Brandenburg verankert. Das Staatsziel Tierschutz enthält einen verbindlichen Handlungsauftrag auch für die Kommunen, den Tierschutz stärker als bisher umzusetzen. Das umfasst auch die Prävention von Tierleiden.

Eine dauerhafte Unterbringung frei lebender Katzen, die nicht an Menschen gewöhnt sind, kommt nicht in Frage. Die einzige tierschutzgerechte Maßnahme ist die Betreuung und medizinische Versorgung der kastrierten Katzen an betreuten Futterstellen.

Für die Kastrationsmaßnahmen bei diesen Tieren erhalten unsere Vereine zwar vom Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg jährlich Unterstützung aus Lottomitteln. Die Vereine investieren aber jährlich noch zusätzlich ungleich höhere Geldmittel dafür. Im Jahr 2011 z. B. knapp 83.000 Euro.

Tierschutzvereine finanzieren sich mit ihren Tierheimen im Wesentlichen über Spenden und Nachlässe. Die Spendenbereitschaft lässt immer mehr nach. Im Gegensatz zu anderen deutschen Regionen gibt es in Brandenburg kaum nennenswerte Nachlässe. Die Tierschutzvereine können und werden nicht mehr investieren.



Unabhängig davon, dass diese Ausgaben existenzbedrohend für die Tierschutzvereine sind, liegt hier erhebliches Tierleid vor: viele kranke und unterernährte Tiere sterben ohne Hilfe der Verantwortlichen in der Gesellschaft. Flankierend zu einer regelmäßigen Kastration frei lebender Katzen ist zusätzlich die flächendeckende Kastration von privaten Freigängerkatzen geboten.

Die einzige Erfolg versprechende Maßnahme, um dies zu erreichen, ist der Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht frei laufender privater Katzen nach dem Beispiel der Stadt Paderborn, dem inzwischen über 250 Städte und Gemeinden in Deutschland gefolgt sind. Denn die Population frei lebender Katzen wird durch unkastrierte Eigentümerkatzen immer wieder vervielfacht. Mit der Kastrationspflicht ist auch eine Kennzeichnungspflicht einzuführen. Dadurch werden die Kommunen entlastet. Fundkatzen können ihrem Besitzer, der die finanziellen Aufwendungen begleicht, sofort zurück gegeben werden. Zögerliche Katzenbesitzer können ermittelt werden.

Die Tierarztkosten für die Kastration und Kennzeichnung zahlt jeder Katzenhalter selbst. Durch die Kennzeichnung können die Katzen einem Eigentümer zugeordnet werden.

Die Kommunen sparen unterm Strich Kosten ein.

Auch in Brandenburg müssen sich die Ordnungsbehörden endlich ihrer Verpflichtung gemäß Grundgesetz stellen und durch entsprechende Verordnung die Katzenhalter verpflichten, nur noch kastrierten Katzen Freigang zu gewähren.